

Keine Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke - WIR honoriert aber gute Arbeit des Geschäftsführers!

In einer gemeinsamen Erklärung zum Tagesordnungspunkt „Jahresabschluss der Stadtwerke“ in der Stadtvertretung am 18.9.2014 haben Joachim Harting (WIR) und Andreas Müller (Bündnis 90/Die Grünen) begründet, warum sie dem Geschäftsführer, Herrn Meier, aufgrund seiner aus ihrer Sicht guten Arbeit Entlastung erteilten, hingegen aufgrund einer Reihe von Kritikpunkten keine Möglichkeit sahen, den Aufsichtsrat, insbesondere dessen Vorsitzenden, Herrn Dr. Scholtis, zu entlasten.

Harting und Müller bedauerten darüber hinaus, dass der Tagesordnungspunkt – ganz unüblich – ohne Diskussion und damit auch ohne Möglichkeit, ihr Abstimmungsverhalten zu erklären, abgestimmt wurde.

Nachfolgend der Wortlaut der Erklärung:

Wir haben uns bekanntermaßen sehr intensiv im letzten Jahr mit der Stadtwerke-Thematik im weiteren Sinne befasst.

Wir bedauern zwar, dass diesmal, anders als in den Vorjahren, den Stadtvertretern keine weitergehenden Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Wir konnten uns aber durch Einsichtnahme der Unterlagen bei den SWS und ein ausführliches und konstruktives Gespräch mit Herrn Meier ein Bild machen.

• Wir haben keinen Zweifel, dass der Geschäftsführer der SWS, Herr Meier, im aktuellen Tagesgeschäft ganz ausgezeichnete, solide und kontinuierliche Arbeit leistet und nach besten Möglichkeiten versucht die Altlasten aus den defizitären Stromvorkäufen (für die er nicht verantwortlich ist) zu kompensieren. Dies wird uns noch bis 2015 belasten und machte leider in 2013 nochmals Drohverlustrückstellungen notwendig.

• Insofern ist für uns die Zustimmung zum Jahresabschluss, der Gewinnverwendung und zur Entlastung des Geschäftsführers selbstverständlich.

• Erhebliche Bedenken bestehen unsererseits allerdings bezüglich der Entlastung des Aufsichtsrates, insbesondere des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Scholtis:

- Es mangelt uns seitens des Aufsichtsrates an Transparenz. Fragen, die wir dem Aufsichtsrat vor 4 Monaten, auch in Bezug auf 2013, gestellt haben, sind bis heute nicht beantwortet worden!
- Die Vermischung verschiedener wichtiger kommunalpolitischer Ämter mit Aufsichtsratsfunktionen ist unseres Erachtens sehr problematisch, dies bestätigt sich immer wieder. So ist es zwiespältig wenn Aufsichtsräte, die gleichzeitig Fraktionsvorsitzende sind, durch ihre Fraktion entlastet werden.
- Die aus unserer Sicht politisch motivierte Initiierung der beiden Nebendahl-Gutachten in 2013 mit dem im Stromgutachten in der Sache vor allem zu eng gefassten Gutachtensauftrag war sehr fragwürdig. (Von der in 2014 völlig

unterbliebenen Diskussion um dieses Gutachten und das sich darauf kritisch beziehende Winterhoff-Gutachten, einmal abgesehen).

- Über die Thematik der verhängnisvollen Stromvorkäufe und die dabei wichtige Frage möglicher Mitverantwortlichkeiten auch anderer Beteiligter hätten wir zumindest nichtöffentlich ergebnisoffen diskutieren müssen. Hier gab es aber eine lediglich politisch motivierte, einseitige Zuspitzung.
- Durch die gleichzeitig im Aufsichtsrat und politisch in der Stadtvertretung maßgeblichen Verantwortlichen wurde in 2013 eine Form der politischen Auseinandersetzung und des Taktierens gepflegt, die wir nicht mittragen können. Demokratie lebt aber von offener Diskussion und Austausch unterschiedlicher Meinungen. So verstehen wir auch unsere Verantwortung als Stadtvertreter den Bürgern gegenüber, die wir unter diesen Umständen allerdings schwerlich wahrnehmen konnten.
- Wir sind auch der Meinung, dass die Geschäftsführung solide arbeitet und die Stadtwerke auf dem Wege der Gesundung sind. Wir hätten uns aber dennoch gewünscht, dass vorgesehene Abläufe eingehalten werden und nicht lange bevor Stadtvertreter Einsicht in Unterlagen haben können, Zahlen öffentlichkeitswirksam verkündet werden. Die neuerlichen, wenn auch geringeren Drohverluste und die wenig aussagekräftige Bilanzsumme als Erfolg zu verkaufen, mag zwar verständlich sein, ist aber inhaltlich dennoch etwas problematisch. Hier hätten wir uns mehr Zurückhaltung gewünscht.

• Für diese genannten, aus unserer Sicht wesentlichen Kritikpunkte, trägt unseres Erachtens maßgeblich der Aufsichtsrat und insbesondere dessen Vorsitzender die Verantwortung.

• Aufgrund der Intransparenz, der Vermeidung einer offenen Diskussion wichtiger Themen, der Instrumentalisierung von Gutachten, der oft undurchschaubaren Vermischung verschiedener Ämter haben wir wenig Vertrauen in die Tätigkeit des Aufsichtsrates im Jahre 2013 und müssen deshalb bei der Entlastung des Aufsichtsrates mit Nein stimmen.